

## Neue Zürcher Zeitung

### DIE NEUESTEN ENTWICKLUNGEN

## Wirecard-Saga: Drei ehemalige Vorstände zu Schadenersatz verurteilt

In der Saga um den insolventen deutschen Zahlungsdienstleister Wirecard hat die juristische Aufarbeitung begonnen. In München stehen der frühere Konzernchef Markus Braun und mehrere ehemalige Manager vor Gericht.

René Höltschi, Berlin, Michael Rasch, Frankfurt

05.09.2024, 13.17 Uhr



Illustration: Charlotte Eckstein / NZZ

## Die neusten Entwicklungen

- **Das Landgericht München I hat drei Ex-Vorstände des Wirecard-Konzerns zu Schadenersatz verurteilt.** Die zuständige Kammer hat am Donnerstag (5. 9.) der Zivilklage des Insolvenzverwalters Michael Jaffé auf Zahlung von Schadenersatz von 140 Millionen Euro zuzüglich Zinsen stattgegeben. Jaffé will damit Geld für die

Gläubiger des kollabierten Wirecard-Konzerns sichern. Nach Ansicht des Gerichts haben der ehemalige Wirecard-Chef Markus Braun sowie die damaligen Finanz- und Produktvorstände bei der Vergabe eines unbesicherten Kredits an einen Geschäftspartner namens OCAP in Singapur und bei der Zeichnung von Schuldverschreibungen zumindest fahrlässig gehandelt. Abgewiesen hat das Gericht hingegen Jaffés Klage in derselben Sache gegen den damaligen stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Stefan Klestil. Zwar bejahte es bei ihm eine Verletzung der Überwachungspflichten. Aber es sei nicht sicher, ob strengere Massnahmen den Schaden verhindert hätten. Der Vorstand hatte sich schon zuvor über Vorgaben des Aufsichtsrats hinweggesetzt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Erwartet wird, dass es Berufungen geben wird. Und selbst wenn das Urteil bestätigt wird, ist ungewiss, ob sich das Geld je eintreiben lässt. *Zum Bericht*

- **Die Münchner Staatsanwaltschaft hat am Montag (6. 8.) zwei weitere ehemalige Vorstände des Wirecard-Konzerns angeklagt.** Der frühere Finanzvorstand Alexander von Knoop und Susanne Steidl, die für die Produktentwicklung zuständig war, werden in mehreren Fällen der Untreue beschuldigt. Die Schäden sollen sich auf mehrere hundert Millionen Euro belaufen. Laut der Anklage sollen von Knoop und Steidl an Beschlüssen des Vorstandes beteiligt gewesen sein, durch die Firmengelder ohne Sicherheiten an Geschäftspartner vergeben wurden. Die Ermittler gehen allerdings nicht davon aus, dass die beiden Angeklagten in den mutmasslichen Milliardenbetrug verwickelt waren, wegen dessen der frühere Vorstandschef Markus Braun und zwei weitere Manager seit Dezember 2022 vor Gericht stehen.

- **Mit Stefan Freiherr von Erffa hat der dritte Angeklagte im Wirecardprozess sein Schweigen gebrochen.** Der ehemalige Chef der Buchhaltung von Wirecard räumte am Mittwoch (17. 7.) zu Beginn seines Statements ein, Fehler gemacht zu haben, die er bereue und für die er sich entschuldigen wolle. An vielen Stellen wies er die Verantwortung und Zuständigkeit aber auch von sich und attackierte den Kronzeugen der Anklage, Oliver Bellenhaus. Ihm warf er Hass, Neid und Lüge vor. Bellenhaus, der die Anklage weitgehend einräumte, sei «gut im Lügen und Verdrehen», sagte Erffa im Laufe seiner Aussage. Er selbst hingegen, habe sich nicht persönlich bereichert und stets nur das Beste für das Unternehmen gewollt. Zum Drittpartnergeschäft, das beim Zusammenbruch von Wirecard eine zentrale Rolle spielte, äusserte sich Erffa kaum. Dies sei nicht der Schwerpunkt seiner Arbeit gewesen.
- **Jan Marsalek, bis zum Zusammenbruch von Wirecard der operative Vorstand des Unternehmens, hat in Russland eine neue Identität angenommen.** Das berichtete ein Rechercheverbund von vier Medien, darunter der «Spiegel», am Freitag (1. 3.). Marsalek habe nach seiner Flucht im Jahr 2020 einen russischen Pass erhalten, der auf den Namen eines orthodoxen Priesters laute. Die Indizien deuteten darauf hin, dass der flüchtige Manager bei seinem Untertauchen die Hilfe russischer Geheimdienstleute erhalten habe. Der Rechercheverbund präsentierte zahlreiche Hinweise dafür, dass Marsalek seit 2014 Kontakte mit russischen Geheimdienstlern pflegte und in deren Interessen handelte. Der schon früher geäusserte Verdacht, dass Marsalek ein Agent Moskaus war und ist, hat sich damit weiter erhärtet. Als Reaktion hat der Vorsitzende des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Deutschen

Bundestag, Konstantin von Notz, die Einsetzung eines Sonderermittlers gefordert. *Zum Bericht*

## Inhaltsverzeichnis



Der Vorlauf zum Prozess



Der Prozessverlauf



Was war Wirecard und was machte der Konzern?



Die Vorgeschichte in den Jahren 2016 bis 2019



Der Einsturz des Kartenhauses im Jahr 2020



---

## Der Vorlauf zum Prozess



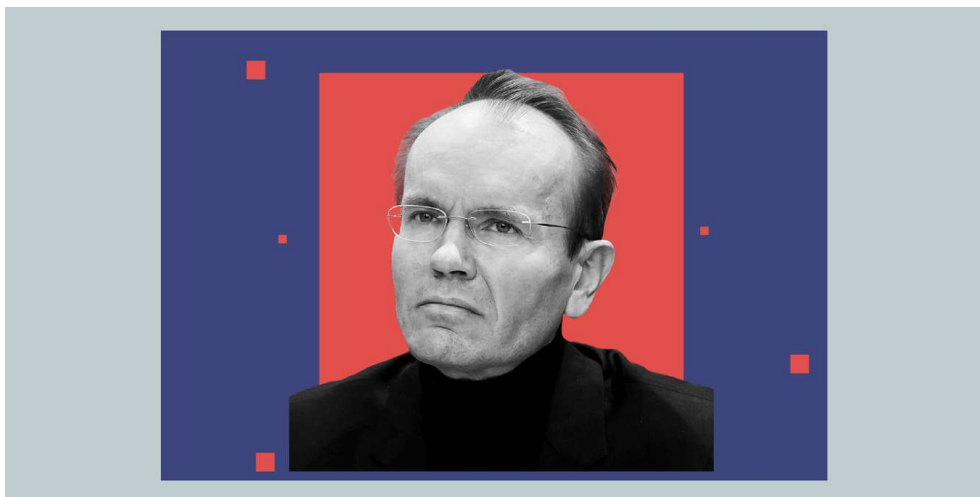
Die Staatsanwaltschaft München I hat am 10. März 2022 Anklage gegen den ehemaligen Konzernchef Markus Braun und zwei weitere Angeschuldigte erhoben. Das teilte die Behörde am 14. März der Öffentlichkeit mit. Die beiden anderen angeschuldigten Manager sind Stephan Freiherr von Erffa (früherer Chefbuchhalter der Wirecard AG) und Oliver Bellenhaus (früherer Geschäftsführer der Cardsystems Middle East, einer in Dubai ansässigen Enkelgesellschaft der Wirecard AG). Bellenhaus dient der Anklage zugleich als Kronzeuge.

*Unser Porträt: Markus Braun war «Mr. Wirecard» – in 25 Jahren vom Wirtschaftsinformatiker zum Medienliebling und Milliardär*

Die Anklagen lauten auf gewerbsmässigen Bandenbetrug, Marktmanipulation, falsche Darstellungen in Geschäftsberichten und Untreue vor. Diese Straftaten hätten in ihrer Gesamtheit zu einem Schaden in Milliardenhöhe geführt. Am 21. September 2022 teilte das Oberlandesgericht München mit, die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts München I habe die Anklage «unverändert zur Hauptverhandlung zugelassen».

Braun drohen im Falle eines Schuldspruchs bis zu 15 Jahre Haft. Er sitzt noch immer in Untersuchungshaft, während von Erffa im Juli 2021 und Bellenhaus im Februar 2024 unter Auflagen auf freien Fuss gekommen sind. Der frühere operative Vorstand Jan Marsalek ist weiterhin auf der Flucht.

## Der Prozessverlauf



Der frühere Wirecard-Konzernchef Markus Braun.

Die Hauptverhandlung hat am 8. Dezember 2022 begonnen und dauert an. Verhandlungsort ist ein Hochsicherheits-Saal in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim.

*Unser Hintergrund: Wirecard – Ein Jahrhundertskandal mündet in einen Mammutprozess*

Im Kern stehen sich vor Gericht zwei Versionen des Wirecard-Skandals diametral gegenüber. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass es das sogenannte Drittpartnergeschäft (TPA-Geschäft) von Wirecard im untersuchten Zeitraum (ab 2015) nie gegeben habe. Beim TPA-Geschäft wurden Zahlungsdienstleistungen an Dritte ausgelagert und Wirecard trat nur als Vermittler auf. Angeblich soll das vor allem in Asien geschehen sein, wo Wirecard nicht die nötigen Lizenzen hatte.

Doch nach Auffassung der Staatsanwaltschaft sind die Gewinne und Guthaben aus diesem TPA-Geschäft von den drei Beschuldigten und weiteren Beteiligten, darunter das flüchtige ehemalige Vorstandsmitglied Jan Marsalek, erfunden worden. Sie hätten damit das Unternehmen gegenüber Kunden, Investoren sowie Kreditgebern finanzkräftiger darstellen und verbergen wollen, dass das tatsächliche Geschäft von Wirecard defizitär gewesen sei.

Die Verteidigung von Braun hingegen geht davon aus, dass es sehr wohl ein TPA-Geschäft gegeben habe. Nur seien die Erlöse daraus nicht bei Wirecard gelandet, sondern von Bellenhaus und weiteren Beteiligten über Schattenstrukturen aus dem Konzern herausgeschleust worden. Braun habe davon nichts gewusst, sondern sei selbst hintergangen worden. Ähnlich wie von Erffas Verteidigung argumentieren Brauns Anwälte, Bellenhaus sei unglaubwürdig.

## Was war Wirecard und was machte der Konzern?



Die Wirecard AG war ein 1999 gegründeter börsenkotierter deutscher Zahlungsdienstleister. 2018 erwirtschaftete das Unternehmen einen Umsatz von 2 Milliarden Euro und beschäftigte weltweit rund 5100 Mitarbeiter – allerdings ist aus heutiger Sicht zu bezweifeln, dass diese Geschäftszahlen der Wirklichkeit entsprachen. Von 2002 bis im Juni 2020 wurde Wirecard vom Österreicher Markus Braun geführt. Ihm gehörten bis zum 18. Juni 2020 rund 8 Prozent der Wirecard-Aktien, womit er der grösste Einzelaktionär des Unternehmens war.

Das Unternehmen bot eine Plattform an, über die Zahlungen abgewickelt werden konnten. Zu den ersten Kunden zählten Betreiber von Porno- und Glücksspiel-Webseiten. Besucher dieser Webseiten konnten mithilfe von Wirecard-Technologie kleinere Beträge online bezahlen. Später nutzten auch Grossunternehmen wie das Kreditkartenunternehmen Visa, die Fluggesellschaft KLM oder der chinesische Bezahlendienst Alipay die Dienste von Wirecard. Das Unternehmen war zudem in kleinerem Masse im Bankgeschäft tätig.

## Wirecard – der einstige Börsenstar im freien Fall

Preis pro Aktie in Euro



Quelle: Bloomberg

NZZ / tsf.

## Die Vorgeschichte in den Jahren 2016 bis 2019



Dan McCrum, Journalist der «Financial Times» und Hauptenthüller des Wirecard-Skandals.

Kritische Berichte von Analysefirmen und Medien sorgen immer wieder für Aufsehen und Kursstürze bei den Aktien des Finanzdienstleisters Wirecard. Erste Manipulationsvorwürfe hatte es schon im Jahr 2008 gegeben. Der Vorstandsvorsitzende Markus Braun und weitere Führungsfiguren streiten diese stets vehement ab.



Aufruhr verursachen schliesslich mehrere Berichte der «Financial Times» Anfang des Jahres 2019. Die britische Wirtschaftszeitung wirft Wirecard auf Basis von Dokumenten vor, die ihr von einem Whistleblower zugespielt wurden, dass Angestellte in Singapur Kunden und Umsätze erfunden hätten. Die deutsche Finanzaufsicht Bafin verbietet daraufhin zeitweise Leerverkäufe von Wirecard-Aktien und erweckt so den Eindruck, sich auf die Seite des Konzerns zu stellen.

Erneut erhebt die «Financial Times» dann im Oktober 2019 den Vorwurf der Manipulation: Interne Unterlagen würden nahelegen, dass Wirecard zu hohe Umsätze und Gewinne bei Tochtergesellschaften angegeben habe. Der Konzern beauftragt daraufhin die Wirtschaftsprüfer von KPMG mit einer Sonderprüfung, welche die Vorwürfe aber am Ende nicht ausräumen können. Die eigentliche Bilanzprüfungsgesellschaft von Wirecard ist seit Jahren EY. Die Firma hatte die Jahresabschlüsse jedoch jeweils ohne Einschränkungen testiert.

## **Der Einsturz des Kartenhauses im Jahr 2020**

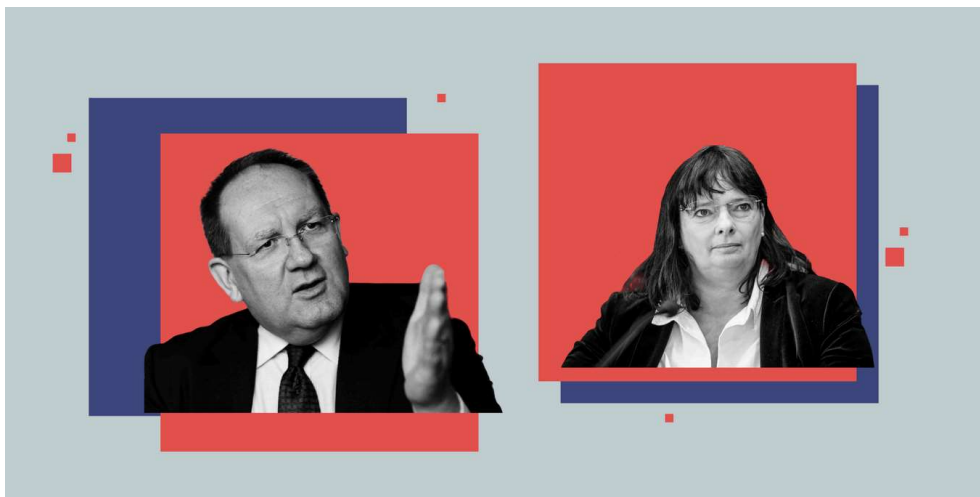
Am 5. Juni 2020 bestätigt die Staatsanwaltschaft München I, dass die Finanzaufsicht Bafin gegen Wirecard-Verantwortliche eine Strafanzeige wegen des Verdachts der Marktmanipulation eingereicht hat.

Die bereits wiederholt vertagte Veröffentlichung des Geschäftsberichts für das Jahr 2019 und die für denselben Tag terminierte Bilanzpressekonferenz werden am 18. Juni 2020 ohne neuen Termin verschoben. Wirecard gesteht ein, dass die Wirtschaftsprüfer von EY keine ausreichenden Nachweise über die Existenz von Bankguthaben in Höhe von 1,9

Milliarden Euro ermitteln konnten. Sie betreffen das sogenannte Drittpartnergeschäft in Asien.

Der langjährige Vorstandsvorsitzende Markus Braun tritt am 19. Juni 2020 zurück. Er sitzt seit Sommer 2020 in Untersuchungshaft. Der operative Vorstand Jan Marsalek, wie Braun ebenfalls Österreicher, taucht unter und wird inzwischen mit internationalem Haftbefehl gesucht. Laut Gerüchten ist er über Weissrussland nach Russland geflüchtet und hält sich im Raum Moskau auf. Am 25. Juni 2020 stellt Wirecard beim Amtsgericht München wegen drohender Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung einen Insolvenzantrag.

## Die politische Aufarbeitung in den Jahren 2020/21



Bafin-Präsident Felix Hufeld und seine Stellvertreterin Elisabeth Roegele.

Am 1. Oktober 2020 beschliesst der Deutsche Bundestag die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Nach der Anhörung von Sachverständigen beginnt am 19. November 2020 die

öffentliche Befragung von Zeugen, unter anderem von Markus Braun.

In Reaktion auf die Vorfälle bei Wirecard legt die damalige Bundesregierung im Oktober 2020 einen Aktionsplan «zur Bekämpfung von Bilanzbetrug und zur Stärkung der Kontrolle über Kapital- und Finanzmärkte» vor. Er sieht unter anderem Massnahmen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Wirtschaftsprüfer, Reformen des deutschen Systems der Bilanzkontrolle und mehr Befugnisse für die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) vor.

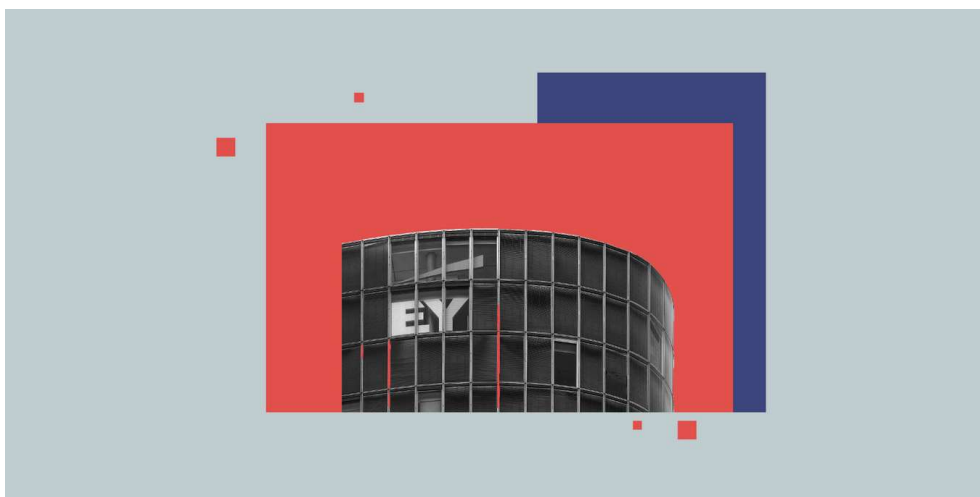
Im Dezember 2020 verabschiedet Berlin einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung der Kernelemente dieser Reformen, der mit einigen Modifikationen am 20. Mai 2021 vom Bundestag gebilligt wird. Anfang Februar 2021 folgte ein «Sieben-Punkte-Plan», mit dem Berlin der Bafin «mehr Biss» verleihen will. Er sieht unter anderem die Bildung einer forensisch geschulten Eingreiftruppe (Task Force) vor.

Die organisatorischen Veränderungen wurden mit einem personellen Neustart verbunden: Bafin-Chef Felix Hufeld und seine Stellvertreterin Elisabeth Roegele mussten gehen. Kurz vor der Bekanntgabe dieses Schritts hatte die Bafin Ende Januar 2021 Anzeige gegen einen eigenen Mitarbeiter wegen des Verdachts auf Insiderhandel mit Wirecard-Derivaten erstattet. Neuer Präsident der Bafin wurde per 1. August 2021 Mark Branson, der zuvor die Schweizer Finanzaufsicht geleitet hat.

Am 22. Juni 2021 legte der parlamentarische Untersuchungsausschuss seinen Abschlussbericht vor, der am

25. Juni im Bundestag diskutiert und formell zur Kenntnis genommen worden ist. Harsche Kritik an den deutschen Behörden und am damaligen Finanzminister Olaf Scholz hat zudem die EU-Wertpapieraufsicht (ESMA) geübt. Man habe eine ganze Reihe von Mängeln, Versäumnissen und ineffizienten Abläufen im Umgang mit dem Bilanzbetrug bei dem Finanzdienstleister gefunden, teilte die ESMA mit. Kritisch sieht die EU-Behörde unter anderem die Nähe der deutschen Finanzaufsicht Bafin zur Politik.

## Die Rolle der Wirtschaftsprüfer in der Affäre ↑



Die Prüfgesellschaft EY muss sich im Fall Wirecard sehr unangenehme Fragen gefallen lassen.

Kritischen Fragen stellen muss sich vor allem die Wirtschaftsprüfungs-Gesellschaft EY. Sie hat während Jahren die Bilanzen von Wirecard geprüft und bestätigt. Inzwischen gibt es etliche Zivilklagen gegen EY.

Zudem hat die für den Fall Wirecard zuständige Staatsanwaltschaft München I Ermittlungen gegen Verantwortliche von EY eingeleitet. Die bayerischen

Strafverfolger hatten von der Generalstaatsanwaltschaft Berlin eine mehrseitige Strafanzeige der Abschlussprüfer-Aufsichtsstelle (Apas) weitergeleitet bekommen. Da die Anzeige konkrete Beschuldigte und Strafvorschriften umfasste, startete die Münchener Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die namentlich Genannten. EY hatte hingegen wiederholt darauf gepocht, es seien intern bisher keinerlei Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten von EY-Prüfern bei Wirecard bekannt.

Der Apas obliegt die Überprüfung der Einhaltung berufsrechtlicher Pflichten von Abschlussprüfern. Sie ist eine fachlich unabhängige Behörde und unterliegt der Rechtsaufsicht des Wirtschaftsministeriums. Sie ist inzwischen jedoch selbst ins Zwielficht geraten, weil ihr Leiter, Ralf Bose, im Dezember 2020 einräumen musste, mit Wirecard-Aktien gehandelt zu haben, als sich die Apas bereits mit der Rolle von EY im Wirecard-Fall beschäftigt hat. Er wurde hierauf freigestellt.

Anfang April (3. 4.) des Jahres 2023 teilte die Apas schliesslich mit, sowohl die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY als auch mehrere gegenwärtige und frühere Prüfer von EY zu erheblichen Strafen verurteilt zu haben. Die Beschlusskammer Berufsaufsicht habe am 31. März gegen EY wegen Berufspflichtverletzungen eine Geldbusse in Höhe von 500 000 Euro sowie ein zweijähriges Verbot von «Abschlussprüfungen bei Unternehmen von öffentlichem Interesse» verhängt hat. Das Verbot betreffe aber nur neue Mandate, keine bestehenden. Bei der Geldbusse hat die Apas die Höchststrafe gezogen, beim Prüfungsverbot hätte diese sogar bei fünf Jahren gelegen.

Ebenfalls wegen Berufspflichtverletzungen verhängte die Apas zum Teil happige Geldstrafen zwischen 23 000 und 300 000 Euro für fünf gegenwärtige und ehemalige Wirtschaftsprüfer von EY. Diese erhielten allerdings kein Berufsverbot. Am Anfang hatte die Apas sogar gegen zwölf Wirtschaftsprüfer von EY ermittelt. Sieben von ihnen haben sich jedoch möglichen Sanktionen entzogen, indem sie auf die Nutzung der Wirtschaftsprüferlizenz verzichteten.

## Die Filetierung von Wirecard durch den Insolvenzverwalter



Im Rahmen des Insolvenzverfahrens sind laut einem Sachstandsbericht des Insolvenzverwalters, des Münchner Rechtsanwalts Michael Jaffé, vom Mai 2021 rund 12 700 Forderungsanmeldungen in Höhe von 14,3 Milliarden Euro erfasst worden. Weitere rund 29 000 Anmeldungen lagen vor, waren aber noch nicht erfasst; zudem trafen fortlaufend weitere ein. Damit übersteigen die angemeldeten Forderungen die bisher erzielten Erlöse bei der Abwicklung des Konzerns um ein Vielfaches. Auf «normale» Gläubiger wie Banken und Lieferanten entfallen aber «nur» Forderungen über rund 3,3 Milliarden Euro.

Die deutliche höhere Gesamtsumme erklärt sich daraus, dass neben geschädigten Banken, Investoren und Geschäftspartnern auch viele Aktionäre Schadenersatzforderungen angemeldet haben. Aktionäre sind rechtlich betrachtet keine Gläubiger, sondern Gesellschafter – als solche gehen sie bei Insolvenzverfahren häufig leer aus. Wenn es sich jedoch wie bei Wirecard um einen grossen Betrugsfall handelt, können Aktionäre Schadenersatzforderungen anmelden. Ihre Ansprüche sind

allerdings juristisch umstritten. In einem ersten Urteil kam das Landgericht München I im November 2022 zu dem Ergebnis, dass die Aktionäre leer ausgehen. Sie seien eben keine Gläubiger, weswegen sie keinen Schadensersatz gegen den Insolvenzverwalter geltend machen könnten. Geklagt hatte die Fondsgesellschaft Union Investment und dabei Schadensersatz in Höhe von 243 Millionen Euro verlangt.

Der Insolvenzverwalter versuchte zu verwerten, was noch zu verwerten war. So ging das Kerngeschäft von Wirecard an den Banco Santander. Ebenfalls verkauft worden sind das Nordamerika-Geschäft, Wirecard Brasilien und weitere Einheiten. Der Erlös aus den Verkäufen wird – Stand Juni 2021 – mit rund 600 Millionen Euro beziffert. Die Gelder fließen im Rahmen des Insolvenzverfahrens letztlich den Gläubigern zu. Für die Aktionäre besteht vor diesem Hintergrund nur noch wenig Hoffnung. Die Aktie ist zum Penny-Stock geworden.

Das Landgericht München I erklärt am 5. Mai 2022 in einem Zivilverfahren die Bilanzen der Wirecard AG der Jahre 2017 und 2018 nachträglich für nichtig und gab damit der Klage des Insolvenzverwalters Michael Jaffé statt. Nichtig sind damit auch die Dividendenbeschlüsse für die beiden Jahre. In einem weiteren Urteil vom 5. September 2024 verurteilte das Landgericht München Braun und zwei weitere ehemalige Wirecard-Vorstände in einem Zivilverfahren zur Zahlung von 140 Millionen Euro nebst Zinsen an Schadenersatz an Jaffé. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

---

Mit Agenturmaterial.